

Claudia Derichs

Japans Neue Linke: Die selbsternannte Avantgarde

Das Unterfangen, die Neue Linke Japans einer wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen, mag etwas befremdlich erscheinen, insbesondere dann, wenn man sich auf ihre Entwicklung nach 1970 konzentrieren möchte. Forscher sowohl in Europa als auch in Japan hegen meist Zweifel, ob eine Bewegung dieser Art tatsächlich bis zum heutigen Tage „überlebt“ hat. Deshalb sei vorangestellt, daß die japanische Neue Linke (*shinsayoku undô*) nach wie vor existiert und agiert. Nach polizeilicher Schätzung umfaßt sie derzeit etwa 35.000 Mitglieder, ungeachtet des breiteren Umfeldes an Personen, die mit den Ideen der Bewegung sympathisieren. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Neue Linke heute wirklich noch einen spürbaren Einfluß auf die japanische Politik ausübt, und ob es für Sozial- und Politikwissenschaftler überhaupt lohnenswert ist, sich intensiver mit ihr zu beschäftigen. Dieser Problematik soll im folgenden in gebotener Kürze nachgegangen werden.¹

Man könnte die Neue Linke Japans als eine Minorität betrachten, der keinerlei größere Beachtung geschenkt zu werden bräuchte, oder sie gar als ein Phänomen abtun, das zu seinen europäischen und amerikanischen Pendanten analog ist und sich deshalb auch nicht gravierend von ihnen unterscheidet. Ein tieferer Blick auf die Genese der *shinsayoku undô* wie auch auf ihre interne Struktur, ihr Protestverhalten und ihre Reaktionen auf den Zusammenbruch der Studentenbewegung (1969) fördert jedoch einige besondere Charakteristika zutage. Diese Charakteristika allesamt auf wenigen Seiten darzustellen, ist nicht möglich, denn sie verkörpern eine komplexe Symbiose aus universellen und besonderen japanischen Eigenschaften, die sich im Sozialverhalten, in der Organisationsstruktur und im Bereich der Gruppendynamik offenbaren.

Um die Unterschiede zwischen der japanischen Neuen Linken und ihren Pendanten im Westen zu verdeutlichen, sollen die Gründung der Bewegung und ihre Entwicklung während der sechziger Jahre als Plattform dienen, von der aus dann das Augenmerk auf einige markante Auswirkungen in der Folgezeit gerichtet wer-

* Claudia Derichs, M.A., Freie Universität Berlin

1 Eine detaillierte Beschäftigung mit der Problematik wurde von der Autorin in einer Dissertation vorgenommen, die den Titel *Die Neue Linke Japans: Ihre Programmatik, ihr Protestverhalten und ihre Organisationsstruktur unter dem Aspekt sozialer Bewegung* trägt.

den kann: die Betätigungsfelder der verschiedenen Gruppen der Bewegung, die Gruppenstrukturen und die Anwendung interfaktioneller Gewalt (*uchi-geba*) in den zwei Dekaden nach 1970. Die ausgewählten Beispiele veranschaulichen das Zusammenspiel universeller und typisch japanischer Muster von sozialem Verhalten, Organisationsstruktur und Gruppenorientierung.

Die Gründung der Neuen Linken

Die Gründung der japanischen Neuen Linken geht auf die Jahre 1957/58 zurück. In jener Zeit (1957-60) stand Ministerpräsident Kishi Nobusuke (LDP) der japanischen Regierung vor. Kishis Politik wurde von der Überzeugung geleitet, daß ein souveränes Nachkriegsjapan seine wirtschaftlichen Kapazitäten ausweiten sollte, daß die Autorität des Kaisers gestärkt und der kommunistische Einfluß an Schulen und Hochschulen zurückgedrängt werden müßte. Kishi strebte erweiterte Machtbefugnisse für die Polizei und eine Drosselung der Macht des Parlaments an - alles in allem Intentionen, die auf das wiedererlangte Selbstvertrauen der traditionellen japanischen Eliten in den späten fünfziger Jahren hindeuten.

Die politische Parteienkonstellation der damaligen Zeit bot ein bipolares Bild. Auf der einen Seite stand das „progressive“ (anti-amerikanische), auf der anderen das „konservative“ (pro-amerikanische) Lager. Ersteres wurde durch die Sozialistische Partei Japans (SPJ), die maßgebliche Unterstützung durch den ihr nahestehenden Gewerkschaftsverband Sôhyô erfuhr, und die Kommunistische Partei (KPJ) repräsentiert. Die Liberaldemokratische Partei (LDP) und ihre Klientel bildeten das konservative Lager. Da sich die Konstellation im Jahre 1955 manifestierte, firmierte sie seither als das „1955er System“.²

Die politisch aktiven Studenten der Nachkriegszeit standen mehr oder minder vollständig unter der Kontrolle der KPJ. Die Partei hatte 1948 den Alljapanischen Studentenverband, *Zengakuren*, ins Leben gerufen und an allen bekannten Universitäten politische Zellen organisiert. Während der fünfziger Jahre durchlief die Kommunistische Partei jedoch eine Reihe turbulenter Transformationen, die in der zweiten Hälfte der Dekade zu wachsenden Anti-KPJ-Sentimenten unter den studentischen Mitgliedern führten. Die Hauptgründe für die zunehmende Antipathie und den Wunsch nach einer neuen sozialistischen Vision lassen sich wie folgt umreißen:

1) Die KPJ hatte so gut wie gar nicht auf die Kritik Chruschtschows am verstorbenen Führer Stalin (1956) reagiert. Die Studenten verurteilten das beharrliche Schweigen der Partei als Ignoranz gegenüber der Notwendigkeit, die stalini-

2 In den sechziger Jahren differenzierte sich die Parteienlandschaft. Von der SPJ spaltete sich ein rechter Flügel ab und bildete die Demokratisch-Sozialistische Partei (DSP). Hinzu kam auch die *Kômei*-Partei, die den politischen Arm der buddhistischen Massenorganisation *Sôka Gakkai* repräsentierte und wechselweise der Regierung oder der Opposition zuneigte. LDP, SPJ, DSP, KPJ und *Kômei*-Partei blieben bis zum Regierungswechsel 1993 die wichtigsten Parteien in Japan.

stischen Strukturen in der kommunistischen Bewegung zu revidieren.

2) Die Studenten fühlten sich als eigenständiges soziales Stratum zurückgewiesen, da die Parteiführung ihre studentischen Mitglieder lediglich als kleinbürgerliche Intelligenzija ansah, die im Fahrwasser des Proletariates schwimmt.

3) Die KPJ erhob den Anspruch, die einzig wahre Avantgardepartei zu sein, war in Wirklichkeit jedoch zu einem stumpfen monolithischen Block degeneriert. In den Augen der Studenten mangelte es der Partei an der Fähigkeit, die realen Bedürfnisse der unterdrückten Klassen zu erkennen.

Das Zentralkomitee der KPJ wies die Kritik der studentischen Mitglieder schroff zurück - ein Verhalten, das einige der jungen Akademiker nicht mehr zu akzeptieren bereit waren. So schloß sich im Januar 1957 eine Handvoll Intellektueller, angeführt von Ota Ryû, Uchida Hideo und Kuroda Kan'ichi, zu einem eigenen Studienzirkel zusammen. Auf der Suche nach einem neuen Verständnis des Marxismus-Leninismus bezeichneten sie sich selbst als die Liga Japanischer Trotzisten (*Nihon Torotsukisuto Renmei*). Ihr Einfluß an den Universitäten wuchs, und zum Ende des Jahres hin war das Zerwürfnis zwischen der Parteiführung und den kritischen studentischen Mitgliedern offensichtlich. Trotzistische Ideen verbreiteten sich und wurden von vielen Studenten als Alternative zur KPJ-Dominanz begrüßt, so daß bereits im Dezember des Jahres 1957 eine größere Organisation gegründet werden konnte, die sich dezidiert vom Einfluß der Partei distanzierte: der Japanische Bund Revolutionärer Marxisten (*Nihon Kakumeiteki Kyôsanshugisha Dômei*; Akronym: *Kakukyôdô*). De facto stellte diese Organisation nur eine Erweiterung der Trotzistenliga dar.

Sechs Monate später, im Mai 1958, wurde die Trennung der im *Zengakuren* zusammengeschlossenen studentischen Selbstverwaltungskomitees von der KPJ offiziell bekannt gegeben. Zahlreiche Studenten traten aus der Partei aus, andere wurden ausgeschlossen. Im Dezember des Jahres folgte eine weitere Neugründung einer „Studentenpartei“, die sich als Japanischer Kommunistenbund (*Nihon Kyôsanshugisha Dômei*; Akronym: *Kyôsandô*) bzw. in Anlehnung an den Bund der Kommunisten von 1847 als der BUND bezeichnete. Die Gründung von *Kakukyôdô* und *Kyôsandô* markiert die Spaltung in die „alte“ und die „neue“ Linke Japans.

Die Vertreter der Neuen Linken legten die Priorität auf die Überwindung des Stalinismus und auf die Rehabilitierung von Trotzki's Idee der permanenten Revolution. Beide, *Kakukyôdô* und *Kyôsandô*, beabsichtigten, eine neue Avantgardepartei aufzubauen, die das japanische Volk zur Revolution hin und natürlich auch durch sie hindurch führen würde. Die nachfolgende *Definition* der Neuen Linken Japans faßt den ideologischen Rahmen freilich ein wenig breiter, da sich im Laufe der Jahre viele Gruppierungen bildeten, die sich kaum mehr oder überhaupt nicht mehr auf trotzkistisches Gedankengut beriefen:

Die Neue Linke Japans umfaßt all diejenigen Akteure, die sich in Konfrontation zur KPJ in Form außerparlamentarischer Parteifaktionen (*tôha*)³ mit dem Ziel zu-

3 Die Bezeichnung *tôha* wird von den Gruppen selbst bis heute verwendet. Wenngleich

sammenschlossen, in Japan eine sozialistische Revolution vorzubereiten und zu realisieren. Ihre Funktion als politische Subjekte besteht in der praktischen Durchführung dieser Revolution.

Das Jahr 1958 bot verschiedene Gelegenheiten, für den revolutionären Kampf zu „trainieren“. Eine Gelegenheit war der Protest gegen die Erweiterung des US-Militärstützpunktes in Sunagawa (Großraum Tokyo), der bereits ein Jahr zuvor von den Bewohnern der Gegend initiiert worden war und deshalb von diesen auch wesentlich unterstützt wurde. Andere Gelegenheiten waren etwa die (erfolgreichen) Proteste gegen ein geplantes Polizeidienstgesetz, welches den Polizeibeamten erheblich mehr Befugnisse zugestanden hätte, oder die (erfolglose) Opposition gegen ein System der Leistungskontrolle und -evaluation von Lehrern. Die Aktionen der Neuen Linken erfuhren breite Unterstützung seitens der Intellektuellen, der Gewerkschaften und der Bevölkerung. Die Studenten, die bis Mitte der sechziger Jahre die Hauptträger der Bewegung waren, solidarisierten sich mit ethnischen und sozialen Minderheiten im Kampf gegen gesellschaftliche Diskriminierung und machten deutlich, daß sie zur physischen Kollision mit den staatlichen Sicherheitsorganen, insbesondere der Bereitschaftspolizei, bereit waren.

Auf strategischer Ebene zeichneten sich schon bald nach der Gründung von *Kakukyôdô* und *Kyôsandô* Divergenzen zwischen beiden Organisationen ab. *Kakukyôdô*s Vorläufer, die Trotzlistenliga, war ein Studienzirkel gewesen; *Kakukyôdô* legte daher sehr viel Wert auf theoretische Schulung und verfocht die Ansicht, daß ein überzeugendes Parteiprogramm dem aktiven politischen Kampf unbedingt vorausgehen müsse, damit eine wirkliche Avantgardepartei aufgebaut werden könnte. *Kyôsandô* hingegen plädierte für den aktiven Kampf als vorrangiges Mittel zur Etablierung der Avantgardepartei. Potentielle Parteimitglieder sollten eher durch Aktionen denn durch Diskussionen von der Notwendigkeit des Revolutionskampfes überzeugt werden. Die Devisen der beiden Konkurrenten, die sich jeweils bemühten, möglichst viele Mitglieder zu rekrutieren, lauteten entsprechend: *Kakukyôdô* propagierte den „Kampf für die Partei“, *Kyôsandô* dagegen eine „Partei für den Kampf“.

Die Favorisierung des aktiven Kampfes machte den Beitritt zum *Kyôsandô* für junge Leute attraktiver als den zum *Kakukyôdô*. Während der folgenden drei Jahre avancierte der *Kyôsandô* zur führenden Organisation der Neuen Linken.

Innerhalb des *Kakukyôdô* dominierten seit 1958 zwei ideologische Flügel die Organisation. Eine streng trotzkistische Gruppe, die sich als japanische Sektion der Vierten Internationale verstand, stand neben einer von Kuroda Kan'ichi angeführten Gruppe, die Trotzkis Ideen zwar schätzte (zumal Kuroda ein Mitbegründer der Trotzlistenliga gewesen war), aber eine ebenso starke Betonung auf Anti-Stalinis-

die Stammorganisationen wie *Kyôsandô* oder *Kakukyôdô* de facto nicht mehr existieren, betrachten sich die aus ihnen hervorgegangenen Gruppierungen immer noch als „Faktionen“ (*ha*) ihrer jeweiligen „Mutterpartei“ (*tô*). Von ihrer Organisationsstruktur her sind die *tôha* eigenständige Gebilde, die auch jeweils ihre eigenen Theorien vertreten.

mus legte. *Kyôsandô* wiederum unterschied sich von diesen beiden Faktionen des *Kakukyôdô* dadurch, daß er sich weitaus weniger auf Trotzki stützte und sich stark am Leninschen Konzept der Parteiorganisation orientierte. Für den anti-stalinistischen Kampf trat der *Kyôsandô* mit ähnlicher Vehemenz ein wie Kurodas Gruppe. Wenngleich *Kyôsandô* und *Kakukyôdô* niemals eine gemeinsame Ideologie teilen, können sie genealogisch in die trotzkistische Linie der japanischen Neuen Linken eingeordnet werden, denn beider Ursprung lag in der Absicht, ein „revival“ des Trotzismus zu bewirken.

In ihrer Einschätzung der sozio-ökonomischen Entwicklung griffen alle Gruppen der frühen Neuen Linken auf die Thesen des marxistischen Ökonomen Uno Kôzô (1897-1977) zurück, der die sogenannte „Drei-Stufen-Theorie“ formuliert hatte. Kurz zusammengefaßt, vertrat Uno die Auffassung, daß die reine Theorie des Kapitalismus den tatsächlichen Prozeß der Wirtschaft nicht im Detail zu erklären vermöge. Nur unter Rücksichtnahme auf die Stufentheorie der kapitalistischen Entwicklung, d.h. die drei Stufen Merkantilismus, Liberalismus und Imperialismus als Formungstypen des Kapitalismus, könne die exakte Reichweite und Bedeutung der reinen Theorie unzweideutig erfaßt werden.⁴

Die sechziger Jahre

Der erste signifikante Test für die Mobilisierungskraft der Neuen Linken fand im Kampf gegen den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag, dem „Ampo-Kampf“, zwischen Ende 1959 und Mitte 1960 statt. Der Sicherheitsvertrag, der gleichzeitig mit dem Friedensvertrag von San Francisco 1951 bilateral zwischen Japan und den USA geschlossen worden und im folgenden Jahr in Kraft getreten war, hatte schon längere Zeit die Kritik nicht nur der japanischen Linken auf sich gezogen.⁵ Ohne an dieser Stelle die diversen Argumente der Oppositionsbewegung gegen die Verlängerung dieses Vertrages aufzuführen, sei lediglich erwähnt, daß die Faktionen der Neuen Linken es nicht vermochten, den Ampo-Kampf in einen Revolutionskampf zu transformieren, wie sie es geplant und gehofft hatten. Heftige Zusammenstöße vor allem der *Kyôsandô*-Aktivisten mit der Bereitschaftspoli-

4 Einige von Unos Arbeiten wurden ins Englische übersetzt. S. etwa Uno, Kôzô: *Principles of Political Economy: Theory of a Purely Capitalist Society*. Sussex, New Jersey: Harvester Humanities, 1980 (= Marxist Theory and Contemporary Capitalism, 24).

5 Auch von seiten gemäßigter jap. Oppositioneller wurde häufig Kritik laut, der Vertrag begünstige einseitig die USA und müsse daher unbedingt revidiert werden. Kishis rigides Vorgehen in dem Bestreben, den Sicherheitsvertrag „durchs Parlament zu peitschen“, stieß sogar in der Regierungspartei LDP auf heftigen Widerstand. Kishi trat zurück, nachdem er ohne die Oppositionsparteien die parlamentarische Zustimmung zum modifizierten Vertragstext durchgesetzt hatte. Als Standardwerk zum Protest gegen den Vertrag gilt Packard, George: *Protest in Tokyo. The Security Crisis of 1960*. Princeton, New Jersey: Princeton Univ. Press, 1966.

zei evozierten die Mißbilligung der etablierten Linken, und dies, obgleich viele der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter die Aktivisten der Neuen Linken mehrmals tatkräftig unterstützt hatten.

Der 1960er Ampo-Kampf verkörperte die größte soziale Bewegung, die sich bis dahin im Nachkriegs-Japan formiert hatte, doch die Verlängerung des Vertrages konnte durch ihn nicht verhindert werden und bedeutete letztlich für die Neue Linke eine Niederlage. Eine Konsequenz dessen bestand darin, daß der *Kyôsandô* unmittelbar nach dem Ende des Kampfes (Juni 1960) in zahlreiche kleine Splittergruppen zerfiel, die alle auf ihre Weise versuchten, die Ursachen für das Scheitern der Bewegung zu ergründen. Gleichzeitig bemühten sie sich, neue Strategien „für den kommenden Klassenkampf“ zu entwickeln. Die Gruppen des *Kakukyôdô* erhielten aufgrund der offensichtlich fehlerhaften Kampfführung des *Kyôsandô* regen Zulauf und rühmten sich, von Anfang an die „richtige“ Strategie für den Parteaufbau besessen zu haben. Dennoch blieb auch der *Kakukyôdô* in den folgenden Jahren nicht von der zunehmenden Zersplitterung der Bewegung verschont.

Spaltungen und Koalitionen, Auflösung und Reorganisation von Parteifaktionen schwächten die Neue Linke über vier Jahre nach dem Ampo-Kampf. Erst 1964/65 gelang es, die zerstrittenen Gruppierungen wieder zu einer Einheitsfront zu vereinen. Der Anlaß für die Bereitschaft, wieder gemeinsam in Aktion zu treten, war der geplante und schließlich auch ausgeführte Abschluß des „Normalisierungsvertrages“ zwischen Japan und Südkorea (Juni 1965).⁶ Die Kritik an diesem Vertrag, durch den die lange Zeit äußerst gespannten japanisch-koreanischen Beziehungen wieder normal gestaltet werden sollten, richtete sich u.a. gegen die bewußte Benachteiligung Nordkoreas, welches im Abkommen über wirtschaftliche Ansprüche nicht berücksichtigt wurde und deswegen keinerlei Darlehen oder Kredite von japanischer Seite erhielt. Mehr noch als die Entrüstung über diese Ungleichbehandlung aber drang von seiten der Neuen Linken die Warnung an die Öffentlichkeit, daß mit dem Normalisierungsvertrag die Weichen für eine perfekte militärische Kooperation der USA, Japans und Südkoreas gestellt würden. Das Bollwerk gegen den Kommunismus in Asien würde ausgebaut, den imperialistischen Bestrebungen Japans würde in die Hände gespielt.

6 Zeitgleich mit diesem Vertrag, durch den u.a. normale diplomatische und konsularische Beziehungen zwischen Japan und Südkorea aufgenommen und alle vor der Annexion Koreas durch Japan (1910) geschlossenen Verträge und Abkommen annulliert wurden, erfolgte die Paraphierung einer Reihe weiterer Abkommen über wichtige, zwischen beiden Ländern schwebende Fragen. Dazu gehörten insbesondere ein Fischereiabkommen, ein Abkommen über die Regelung wirtschaftlicher Ansprüche und wirtschaftlicher Zusammenarbeit sowie ein Abkommen über den Rechtsstatus koreanischer Staatsbürger und ihrer Nachkommen in Japan. Das Abkommen über die Regelung wirtschaftlicher Ansprüche sah japanische Darlehen, Staats- und Privatkredite an Süd-, nicht jedoch an Nordkorea vor. Die Proteste richteten sich freilich gleichermaßen gegen den Vertrag selbst wie auch gegen die zusätzlichen Abkommen.

Die bis dato hauptsächlich von Studenten getragene Bewegung der Neuen Linken wurde in dieser Phase zunehmend für Arbeiter attraktiv. Das lag nicht zuletzt daran, daß die SPJ 1965 - aus Protest gegen den beginnenden Vietnamkrieg wie auch aus Protest gegen den Normalisierungsvertrag - ein Jugendkomitee gegen den Krieg (*Hansen Seinen Iinkai*) gründete, das sich gänzlich aus jungen Arbeitern zusammensetzte und den Aktivisten der Neuen Linken gegenüber keineswegs feindlich gesinnt war.

Trotz des Faktionismus, der die Bewegung in der ersten Hälfte der Dekade paralyisierte, hatten sich bis zur Mitte der sechziger Jahre immerhin vier große ideologische Strömungen der Neuen Linken herausgebildet. Bis 1967 konsolidiert, lassen sich folgende „Linien“ erkennen, unter denen die einzelnen Partiefaktionen subsumiert werden können:

- 1) Die *trotzkistische Linie*, die, wie erwähnt, durch *Kakukyôdô* und *Kyôsandô* repräsentiert wurde;
- 2) die Linie der *Strukturreformer*, deren Anhänger die Ideen des italienischen KP-Führers Palmiro Togliatti schätzten;
- 3) die *maoistische Linie*, die vor allem im aktiven Kampf den Lehren Mao Zedongs folgte;
- 4) die *SPJ-affilierte Linie*, in der der Sozialistische Jugendbund (*Shaseidô*) die Führungsposition einnahm. Der *Shaseidô* wurde bald nach seiner Gründung von früheren *Kyôsandô*-Aktivisten dominiert, die eine einflußreiche neue Gruppierung namens „Befreiungsfaktion“ (*Kaihô-ha*) gründeten und sich als einzige Faktion der Neuen Linken an Rosa Luxemburg orientierten.

Neben diesen vier großen Strömungen⁷ existierte eine Anzahl anarchistischer Kleingruppen, die durch eine Reihe von Bombenanschlägen bekannt wurden, jedoch bis zum heutigen Tage die Organisationsform als Partiefaktion ablehnen und sich keiner „Stammorganisation“ zugehörig fühlen.

Die späten sechziger Jahre zeitigten auch in Japan das „student power“-Phänomen. Ebenso wie in Europa und Amerika hatten der Vietnamkrieg und eine zunehmende anti-kapitalistische Stimmung dort eine katalysierende Wirkung auf die Formierung außerparlamentarischer Oppositionsbewegungen. Aktivisten der Neuen Linken schlossen sich der landesweiten Bürgervereinigung gegen den Vietnamkrieg (*Beheiren*) an, die von zahlreichen bekannten Intellektuellen gegründet worden und bewußt dezentral und lose organisiert worden war.⁸

7 Eine ausführlichere Darstellung der vier Strömungen sowie der Ausrichtung der KPJ-Gruppen auf studentischer Ebene findet sich in Voß, Friedrich: *Die studentische Linke in Japan*. München: Verlag Dokumentation, 1976. Zur knappen Darstellung s. McCormack, Gavan: The Student Left in Japan; in: *New Left Review* No. 65 (Jan.-Febr. 1971), S. 41-57.

8 Die jap. Anti-Vietnamkrieg-Bewegung ist ausführlich thematisiert worden in Havens, Thomas R.H.: *Fire Across the Sea. Japan and the Vietnam War 1965-1975*. Princeton,

Beheiren stimulierte die spontane, individuelle Teilnahme des „normalen Bürgers“. Die Bewegung sollte gegen den Krieg, nicht aber anti-amerikanisch oder anti-imperialistisch ausgerichtet sein. Damit rief sie eine neue Form der Massenmobilisierung hervor.

Die japanischen Studentenunruhen erreichten in den Jahren 1968/69 ihren Höhepunkt. Die Medien berichteten über militante Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Studenten in den Straßen Tokyos. Wie schon im Ampo-Kampf von 1960 bildeten auch in den Straßenkämpfen die Aktivisten der Neuen Linken die vorderste Front. Ihr „Outfit“ hatte sich im Laufe der Zeit zu einer Art „Kampfuniform“ entwickelt: Helme, Masken und lange Kanthölzer, die der Verteidigung dienen sollten. Die Helme trugen die Aufschrift der jeweiligen Faktion. Ihre Farbgebung unterschied sich je nach Zugehörigkeit zu einer der vier „Stammorganisationen“ (Anhänger des *Kyôsandô* trugen rote, Anhänger des *Kakukyôdô* weiße Helme usw.). Die Aktionsweise der Aktivisten war stark ritualisiert. So wurde etwa der „snake dance“, ein Zick-Zack-Marsch von Demonstranten auf ganzer Straßenbreite, in dieser Zeit als typischer studentischer Demonstrationsstil berühmt.

An den Universitäten ging gleichzeitig der Kampf für Reformen im Hochschulbereich, für die „Demokratisierung des Campuslebens“, vonstatten. An den einzelnen Universitäten bildeten sich spontane „gemeinsame studentische Kampfkomitees“, *Zenkyôtô* genannt. Sie traten für Reformen im Hochschulwesen ein und distanzieren sich explizit von den straff organisierten Faktionen der Neuen Linken wie auch von den KPJ-affilierten Gruppen. Die Faktionen der Neuen Linken waren nämlich stets darum bemüht, einen kausalen Nexus zwischen der Situation an den Hochschulen, dem Vietnamkrieg und dem politischen Kampf gegen den japanisch-amerikanischen Imperialismus herzustellen. Für sie stellte der Universitätscampus eine Bastion dar, von der aus der Revolutionskampf vorbereitet werden sollte. Die *Zenkyôtô*-Anhänger hingegen wiesen diese Verknüpfung zurück; sie bezeichneten sich selbst als „non-poli[ticals]“ oder „non-sects“, um die Differenz zu den Faktionen herauszustellen.⁹

Die Bewegungen *Beheiren* und *Zenkyôtô* hatten sicherlich einen beträchtlichen Einfluß auf die Faktionen der Neuen Linken. Doch lösten sich beide auf, nachdem ihre *raison d'être* verlorengegangen war, d.h. nach dem Waffenstillstand in Vietnam 1973 bzw. der Befriedung der Universitäten durch polizeilichen Einsatz Ende 1969. Die Faktionen hingegen lösten sich nicht auf, sondern verfolgten weiterhin ihr Fernziel „Revolution“. Die Frage, aus welchem Grunde die Parteifaktionen der

New Jersey: Princeton Univ. Press, 1987. Eine Dokumentation der Bürgervereinigung *Beheiren* bietet 'Betonamu ni heiwa o!' shimin rengô (Hg.): *Shiryô: Beheiren* [Materialien zur *Beheiren*]. Tokyo: Kawade shobô shinsha, 1974. 3 Bde.

9 Zur deskriptiv-komparativen Darstellung der politischen und der „non-sect“ Studentebewegung s. Takagi, Masayuki: *Zengakuren to Zenkyôtô* [*Zengakuren* und *Zenkyôtô*]. Tokyo: Kôdansha, 1985.

Neuen Linken nicht nur ihr Scheitern im Ampo-Kampf, sondern auch die Niedererschlagung der Studentenbewegung überlebten, hängt unmittelbar mit ihrer straffen Organisationsstruktur zusammen. Diesem Thema wird sich der folgende Abschnitt widmen.

Die siebziger und achtziger Jahre

Zum Ende des Jahres 1969 hin begannen die Faktionen der Neuen Linken mit der Propagierung des Ampo-Kampfes 1970, der anlässlich der erneuten Verlängerung des Sicherheitsvertrages mit den USA die „Entscheidungsschlacht“ für die Revolution herbeiführen sollte. Der Kampf wurde, wie ein Jahrzehnt zuvor, auch von seiten der etablierten Linken unterstützt, ohne allerdings auch nur annähernd die Intensität des Ampo-Kampfes von 1960 zu erreichen. Die Vertragsverlängerung geschah ohne größere Zwischenfälle, zumal die Sicherheitskräfte an Erfahrung im Umgang mit „Radikalen“ gewonnen und bereits im Vorfeld die führenden Aktivisten verhaftet hatten. Die Jahre zwischen den beiden Ampo-Kämpfen besaßen für die Neue Linke die Funktion eines Sozialisationsprozesses, innerhalb dessen sich die vier ideologischen Linien konsolidierten, die Struktur der Gruppen festigten und jede Faktion ihre eigene „Revolutionstheorie“ ausformulierte.

Aufgrund des gestiegenen Lebensstandards der Mehrheit der japanischen Bevölkerung einerseits und der effektiveren Strategien der Polizei zur Unterdrückung politischen Widerstandes¹⁰ andererseits wurden die Faktionen der Neuen Linken mehr und mehr marginalisiert. Das Fernziel „Revolution“ hatte proportional zur Steigerung des materiellen Wohlstandes für die meisten jungen Leute an Attraktivität verloren, so daß sich die Rekrutierung neuer Mitglieder zunehmend schwieriger gestaltete.

Die „Revolutionstheorien“ der Faktionen nahmen seit 1970 eine Doppelfunktion an. Zunächst beruhte die Identität einer jeden Faktion auf ihrer jeweiligen Theorie. Brutale interfaktionelle Zusammenstöße (*uchi-geba*), die oftmals in Lynchmorde ausarteten, waren *ein* (interner) Effekt des Anspruchs „Nur-unsere-Theorie-ist-die-wahre“. In der extremen Austragung von *uchi-geba* stechen vor allem zwei Faktionen hervor, die beide derselben „Stammorganisation“, namentlich dem *Kakukyôdô*, angehören. Die rivalisierenden Faktionen *Chûkaku* und *Kakumarû* (beide 1963 aus einer *Kakukyôdô*-internen Spaltung hervorgegangen) ersannen subtile Taktiken zur gegenseitigen Beschattung sowie genuine Methoden zur gegenseitigen „Exekution“ von Aktivisten. Läßt man die weniger blutigen Zwischenfälle außer acht, kam es den Statistiken der Polizei zufolge in den Jahren zwischen 1970 und 1982

10 Zur Entwicklung polizeilicher Strategien zur Bekämpfung der „Radikalen“ s. etwa Takigawa, Hiroshi: *Kageki-ha kaimetsu sakusen* [Strategien zur Zerschlagung der Radikalen]. Tokyo: San'ichi shobô, 1973; Katzenstein, Peter J./Yutaka Tsujinaka: *Defending the Japanese State*. Ithaca, New York: Cornell Univ., 1991.

zu 81 Morden im Zusammenhang mit interfaktioneller Gewalt, von denen die meisten durch und an Aktivisten der *Chûkaku* und der *Kakumaru* verübt wurden.¹¹

Wenngleich Rache mit Sicherheit einen Faktor darstellte, der die Gewaltspirale hochschraubte, wurde die Ausführung der *uchi-geba* indes theoretisch gerechtfertigt; die *Kakumaru* sprach sogar von der „Logik und Ethik des Faktionenkampfes“, der ihre tödliche Vorgehensweise legitimierte. Die Konsequenz der in den Augen der Akteure logischen Rechtfertigung der *uchi-geba* scheint einleuchtend: Eine *falsche* Theorie kann nicht zur *richtigen* Revolution führen. Die Faktion mit der „falschen“ Theorie muß daher besiegt oder eliminiert werden, denn der Weg, den sie verfolgt, ist eindeutig konterrevolutionär.

Nicht alle Faktionen der japanischen Neuen Linken waren in die extreme Ausprägung interfaktioneller Gewalt involviert. Alle Faktionen beharrten jedoch gleichermaßen auf der absoluten Richtigkeit ihrer Theorie und verteidigten diese gegenüber den anderen Faktionen. Die Revolutionstheorie einer Faktion fungiert als immerwährende Legitimierung von Angriffen auf „konterrevolutionäre Feinde“ - sei es mit physischer oder verbaler Gewalt.

Die zweite Funktion der Theorie ist die eines fortwährend gültigen Erklärungsmusters für sämtliche Vorgänge in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Theorie wirkt wie ein Passepartout, mit dem alle Phänomene des soziopolitischen Geschehens erklärt werden können. Sie ist die Lebens- und Handlungsrichtlinie der Mitglieder; die führenden Kader vermitteln sie den Aktivisten in den einzelnen Zellen und kontrollieren ihre Umsetzung in der Alltagspraxis. Da eine allgemeine revolutionäre Atmosphäre, in der sich die Massen zum Klassenkampf gegen das System erheben würden, in naher Zukunft nicht in Sicht ist, hat jedes einzelne Mitglied einer Faktion als ein Subjekt zu handeln, das „der Sache“ ganz und gar ergeben ist. Diese physische und psychische Ergebenheit erfordert ein hohes Maß an (Selbst-)Disziplin. Disziplin aber kann am ehesten dadurch erreicht und aufrechterhalten werden, daß die Organisation ihre Mitglieder in einen Zustand permanenter Interdependenz versetzt. Gegenseitige Abhängigkeit bedeutet gegenseitige Kontrolle, bedeutet geringere Gefahr abweichenden individuellen Verhaltens. Realiter ist daher die interne Organisationsstruktur einer Faktion extrem hierarchisch, und der Grad des „Organisiertseins“ berührt nicht nur den Bereich der politischen Aktion, sondern das gesamte Privatleben der Mitglieder.¹²

11 Vgl. Keisatsuchô (Hg.): *Keisatsu hakusho* [Weißbücher der Polizei], Jge. 1972-1989. Tokyo: Okurashô insatsukyoku, 1972-. Zwischen 1983 und 1990 starb nur ein Opfer durch *uchi-geba*. Zur detaillierten Untersuchung der *uchi-geba*-Problematik und insbesondere der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Faktionen *Chûkaku* und *Kakumaru* s. Takigawa, Hiroshi/Atsuo Isomura: *Uchi-geba. Kôan kisha memo kara* [Uchi-geba. Aus den Notizen von Berichterstattern über die Öffentliche Sicherheit]. Tokyo: San'ichi shobô, 1975; Tachibana, Takashi: *Chûkaku vs Kakumaru* [*Chûkaku* versus *Kakumaru*]. Tokyo: Kôdansha, 1975. 2 Bde.

An der Spitze der Organisation steht ein Chefideologe, der für die Formulierung und Konzeption der Faktionsphilosophie verantwortlich ist. Ihm untergeordnet sind, gemäß dem Prinzip des demokratischen Zentralismus, die „höheren“ und die „unteren“ Organe. Zentralkomitee, Politbüro und Exekutivkomitee bilden den Kern der Faktionsführung. Alle Aktivisten in den regionalen Organisationen oder lokalen Zellen stehen unter der Leitung und Aufsicht eines „Chefs“ (des „cap“, vom engl. „captain“). Er leitet die Instruktionen weiter, die er selbst von den höheren Chargen erhalten hat. Eine Zelle besteht aus drei bis fünf Personen, die in meist gemischtgeschlechtlichen Wohngemeinschaften zusammenleben. Gehorsam und Loyalität gegenüber den übergeordneten Organen sind obligatorisch, da notwendig für den Zusammenhalt der Gemeinschaft. Im Gegenzug ist den Mitgliedern an der Basis eine gewisse soziale Sicherheit garantiert, die sich beispielweise in der Bezahlung von Kautionsbeträgen zur Auslösung inhaftierter Aktivisten manifestieren kann. Psychologisch vermittelt das Leben in der Gemeinschaft Gleichgesinnter ein Gefühl von Schutz und Geborgenheit.¹³

Starres Festhalten an dogmatischen Theorien, feste normative Bindungen und Verschwendung von Energien auf interfunktionelle Gewaltaustragung stellen drei wesentliche Gründe für die wachsende Isolation der Faktionen der Neuen Linken in den siebziger Jahren dar. Externe Faktoren wie das systematische Vorgehen der Polizei gegen radikale Aktivisten und die zunehmend apolitische Einstellung großer Teile der Bevölkerung trugen darüber hinaus dazu bei, die Kluft zwischen der „Normalgesellschaft“ und den Faktionen der *shinsayoku undô* zu vergrößern. Da sowohl die Polizei als auch die jeweiligen „konterrevolutionären Spähtrupps“ sich um Informationen über bestimmte Faktionen bemühten, wurde die Suche nach Orten, an denen ungestörte Planung und Aktionsvorbereitung vonstatten gehen konnten, unausweichlich. Die meisten größeren Faktionen bauten daher sogenannte „nichtöffentliche Einheiten“ auf, die aus Aktivisten bestanden, die mehr oder minder illegal in „konspirativen“ Wohnungen für die Vorbereitung bewaffneter Anschläge, die Vorbereitung von *uchi-geba*-Angriffen u.a.m. zu sorgen hatten.

Die japanische Nation wurde währenddessen Zeuge eines rapiden wirtschaftlichen Aufschwungs, technologischen Fortschritts, beachtlichen Wohlstandes für den

12 Die hier geschilderten Einschätzungen beruhen, da kaum wissenschaftliche Literatur dazu existiert, vornehmlich auf Ergebnissen der Feldforschungen der Autorin. Äußerst aufschlußreiche Untersuchungen zu extremen linken Protestgruppen in Japan (insbesondere zur Japanischen Roten Armee [Faktion]) aus soziologischer Perspektive nahm Patricia G. Steinhoff vor. Vgl. etwa: Student Conflict; in: Rohlen, Thomas P./Ellis S. Krauss/P. G. Steinhoff (eds.): *Conflict in Japan*. Honolulu: Univ. of Hawaii Press, 1984, S. 174-213; Hijackers, Bombers and Bank Robbers: Managerial Style in the Japanese Red Army; in: *Journal of Asian Studies*, Vol. 48, No. 4 (Nov. 1989), S. 724-740. Death by Defeatism and Other Fables: The Social Dynamics of the Rengô Sekigun Purge; in: Lebra, Takie Sugiyama (ed.): *Japanese Social Organization*. Honolulu: Univ. of Hawaii Press, 1992, S. 195-224.

13 S. vorherige Anm.

Mainstream der Gesellschaft und nicht zuletzt der von der Regierung enthusiastisch propagierten „Internationalisierung“ in den achtziger Jahren. Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen hatten sich im Zuge des sozialen und des Wertewandels seit den späten sechziger Jahren im ganzen Land verbreitet. Die Gruppen der Neuen Linken registrierten diese Entwicklung sehr wohl, analysierten und kommentierten sie in ihren Publikationsorganen, auf Großkundgebungen o.ä. Gelegenheiten. Stärkeren Zugang zur bürgerlichen Gesellschaft fanden sie dadurch jedoch nicht. Denn im Vergleich etwa zur *Beheiren*-Bewegung fand die ideologische Fixiertheit und die zentralistische, hierarchische Organisation der Neuen Linken nach dem turbulenten Jahrzehnt der Ampo- und Studentenkämpfe deutlich weniger Anklang. Eine Beteiligung an den lose organisierten Bürgerbewegungen wiederum hätte für die Faktionen eine Abkehr von einigen ihrer essentiellen Prinzipien bedeutet, hätte einen Rückschritt von ihrer Orthodoxie und ihren traditionellen Kampfpraktiken zur Folge gehabt.

Die Faktionen der Neuen Linken unterstützten den Trend der Opposition gegen Atomkraftwerke, gegen Umweltverschmutzung und ökologischen Kahlschlag, doch sie bewahrten kontinuierlich die ihnen eigene Aktionsweise. Kurz gefaßt: Bis Ende der achtziger Jahre modifizierten sie weder ihre Theorie noch ihre Organisationsstruktur noch ihre Kampfpraxis. Sie integrierten ganz einfach die neuen „issues“ in ihre bestehenden Strukturen.¹⁴

Auswertung

Die Entwicklung der japanischen Neue Linke-Faktionen spiegelt einige bezeichnende Aspekte der sozialen Organisation in Japan wider. Hinsichtlich der internen Struktur und der Interaktion der Faktionsmitglieder können drei Charakteristika herausgestellt werden:

- 1) Die Imitation eines zentralistischen Organisationsstils (demokratischer Zentralismus), der in realsozialistischen Systemen allgemein üblich ist.
- 2) Ein informell akzeptiertes Set von Werten, das für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der Organisation sorgt.
- 3) Ein geschlossenes Gemeinschaftsleben, das gleichermaßen Vorteile (Schutz, Geborgenheit) und Nachteile (relativer Verlust der Privatsphäre, interfaktionelle Rivalität) mit sich bringt.

Zur zentralistischen Struktur: Das politische System Japans ist kein demokratischer Zentralismus, doch besteht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß in Japans Nachkriegsdemokratie ein gewisses Maß an (politischem) Zentralismus weiterhin

14 Die Umbrüche in Osteuropa und die Auflösung der Sowjetunion sind auch an der jap. Linken nicht spurlos vorübergegangen. Seit 1989/90 versuchen zumindest einige der großen Faktionen, einen näheren Kontakt zu Bürgerbewegungen und lokalen Bürgerinitiativen herzustellen. Die Zeichen stehen auf „Kooperation statt Konfrontation“.

Bestand hat und beispielsweise die Autonomie der Lokal- und Regionalregierungen nur beschränkt funktioniert.¹⁵ Auf industrieller Ebene oder auch im Handels- und Bankwesen ist für japanische Unternehmen ein hierarchisches Gefüge vom Top-Management bis hinunter zum Sektionschef (*kachô*) charakteristisch; angegliederte Tochterfirmen halten sich in der Regel an die „Empfehlungen“ der „parent company“ (*oyagaisha*). Obschon die Leitung örtlicher Kleingruppen in den Faktionen der japanischen Neuen Linken mit den Organisationsprinzipien sozialistischer Staaten korrespondiert, stellt die Form zentralistischer Organisation als solche keine Unbekannte für die Mitglieder der Gruppen dar. Ihr Argument, als sozialistische oder kommunistische Organisation deutlich „gegen den Strom zu schwimmen“, verliert einiges an Gültigkeit, wenn man in Betracht zieht, daß die Orientierung an einer Zentralgewalt eine im Grunde sehr vertraute Gegebenheit ist.

Akzeptierte Werte: Neben universellen Werten wie Gleichheit, Solidarität (insbesondere mit unterdrückten Minderheiten) u.ä. haben die Faktionsmitglieder eine starke Loyalität ihren Führern gegenüber internalisiert. Diese Verhaltensform ist im japanischen Kontext jedoch keineswegs außergewöhnlich, wie kulturanthropologische Untersuchungen zur Genüge bewiesen haben. Loyalität gilt vielmehr als traditionelle, kulturell verankerte Eigenschaft. Um sich als bewußt anti-traditionell, als revolutionär auch in diesem Sinne zu erweisen, bedarf es für die Faktionen einer eigenen Erklärung für das loyale Verhalten der Faktionsmitglieder. Diese besteht darin, Loyalität und Gehorsam zu naturnotwendigen Elementen zu deklarieren, ohne die der Zusammenhalt der Gemeinschaft nicht zu gewährleisten sei und ohne die die (politische) Funktionsfähigkeit der Organisation nicht überdauern könne. Der Unterschied zwischen der Interaktion der Aktivisten und dem Sozialverhalten der „Normalgesellschaft“ offenbart sich folglich nur in der Weise, daß die Faktionen ihr Verhalten mit theoretischen Argumenten begründen, die sie aus Segmenten des Marxismus, Leninismus usw. schöpfen.

Gemeinschaftsbewußtsein: Dem Sozialwissenschaftler Ishida Takeshi zufolge wandelte sich die Gruppenorientierung im Nachkriegsjapan: „[The postwar group orientation] became more and more directly a form of group belonging - i.e., as an identification with their own family and with the company.“ Die Organisationsstruktur der japanischen Gesellschaft freilich blieb dieselbe wie zu Vorkriegszeiten: „The combination of a bureaucratic structure and a natural sense of solidarity among those living together or working together continued to be the same. However, in its postwar form, it is more characterized by pluralism than was the monolithic structure of prewar organization.“¹⁶

15 Vgl. dazu etwa Steiner, Kurt et al.: *Political Opposition and Local Politics in Japan*. Princeton, New Jersey: Princeton Univ. Pr., 1980; Samuels, Richard J.: *The Politics of Regional Policy in Japan: Localities Incorporated?* Princeton, N.J.: Princeton Univ. Press, 1983.

16 Ishida, Takeshi: *Japanese Political Culture*. New Brunswick/London: Transaction Books, 1983, S. 14,16.

Die gleichen Formen von „group belonging“ und „natural sense of solidarity“ finden sich in der japanischen Neuen Linken. Das Bewußtsein, zu einer bestimmten Ingroup (*uchi*) zu gehören, bewirkt spezifische Anpassungs- und Umgangsmuster. Die Gruppe, zu der man selbst gehört, steht in Konkurrenz zu anderen Gruppen, im hiesigen Falle Faktionen. Der im Westen hochgeschätzte Freiraum des Individuums, die innerhalb politischer Organisationen nahezu obligatorische kontroverse Diskussion, all dies liegt den japanischen Faktionen recht fern.

Die Tatsache, daß Gruppenorientierung und Gemeinschaftssinn in Japan kulturell vertraute Phänomene sind, behindert bis zu einem bestimmten Grad das Aufkommen von Forderungen nach mehr Privatsphäre oder Individualität. Die westliche Form des Individualismus wird, was nicht Wunder nimmt, von seiten der japanischen Aktivisten als „Atomismus“ verurteilt.

Zusammenfassung

Wenngleich nur selektiv dargestellt, wird aus der obigen Schilderung doch deutlich, daß die japanische *shinsayoku undō* mitnichten ein bloßes Äquivalent ihrer Pendants in Europa oder den USA war oder ist. Diese Feststellung darf allerdings nicht dazu verleiten, sie als „einzigartig japanisch“ einzustufen. In zahlreichen Ländern der Erde tendieren extreme linke Gruppierungen zur Spaltung, kommt es zu brutalen Formen von Konfliktaustragung zwischen den Mitgliedern verfeindeter Organisationen und wird der individuelle Handlungsspielraum durch Hierarchisierung und normative Bindung der „unteren“ an die „höheren“ Organe beeinträchtigt. Was die japanischen Faktionen verkörpern, ist eine komplexe Symbiose aus universellen und besonderen japanischen Eigenschaften im Bereich des Sozialverhaltens, der Organisationsstruktur und der Gruppendynamik. Ihre „Eigentümlichkeiten“ drücken sich weniger in Besonderheiten aus, die nur in Japan anzutreffen wären, als vielmehr in der Intensität, mit der sich spezifische Verhaltensmuster offenbaren. Vertikale Sozialbindungen wirken stärker als horizontale und eine konzentrische Ingroup-Outgroup-Struktur überwiegt vor der Überlagerung funktionaler Gruppen.

Die Faktionen der Neuen Linken fallen in der politischen Kultur Japans weder quantitativ noch qualitativ ins Gewicht; nichtsdestoweniger ist eine eingehende Beschäftigung mit diesem Untersuchungsgegenstand ein lohnenswertes Unterfangen, wenn man sie als eine Aussichtsplattform begreift, von der aus die soziale Landschaft Japan eben *auch* betrachtet werden kann. Denn sie öffnet die Perspektive aus einer Peripherie, die im Westen bislang kaum als existierender Flecken auf der gesellschaftlichen Landkarte Japans wahrgenommen, geschweige denn anerkannt worden ist.